Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Änderungsantrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Horst Meierhofer, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksachen 16/813, 16/2010, 16/2069 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c)

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

- 1. In Nummer 5 Buchstabe b wird Artikel 72 Abs. 3 Nr. 2 wie folgt gefasst:
 - "2. den Naturschutz und die Landschaftspflege, soweit es sich nicht um Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes oder des Meeresnaturschutzes, um eine Umsetzung zwingender Vorgaben seitens der Europäischen Union oder um vorhabenbezogene Regelungen, insbesondere die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung sowie die Verträglichkeitsprüfung handelt;".

In Nummer 5 Buchstabe b wird Artikel 72 Abs. 3 Nr. 5 wie folgt gefasst:

- "5. den Wasserhaushalt, soweit es sich nicht um eine Umsetzung zwingender Vorgaben seitens der Europäischen Union oder um stoff- oder vorhabenbezogene Regelungen sowie um Regelungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz handelt;".
- 2. Nummer 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Artikel 84 Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt gefasst:
 "In Ausnahmefällen, insbesondere im Umweltverfahrensrecht, kann der Bund das Verwaltungsverfahren ohne Abweichungsmöglichkeit für die Länder regeln."
 - b) Satz 5 wird gestrichen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

